

Aktuelle tarifliche Situation nach der ersten Bundesrunde

Die Ausgangslage in der aktuellen Chemie-Tarifrunde könnte widersprüchlicher nicht sein. Im Rückspiegel sehen wir strahlenden Sonnenschein. Die Branche hat ein Jahr mit Rekordgewinnen hinter sich, plant Rekordausschüttungen an ihre Aktionär*innen und mitunter sogar Aktienrückkäufe, weil sie nicht weiß, wohin mit dem Geld.

Doch der Blick durch die Frontscheibe ist neblig wie lange nicht mehr. Der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine hat die ohnehin schon angespannte Rohstoffsituation endgültig vor den Kollaps gebracht. Das zeigt sich nicht nur in explodierenden Preisen. Niemand kann sagen, wie lange die energieintensive Chemieindustrie in Deutschland überhaupt noch Gas aus Russland beziehen wird.

Die Folgen eines – egal von welcher Seite – verhängten Lieferstopps wären fundamental: gewaltige Anlagen, die für unabsehbare Zeit heruntergefahren werden müssten, Beschäftigte in Kurzarbeit, die gesamte Lieferkette vor dem Riss.

Denn ohne die Chemie – wer weiß das besser als unsere Leute – ist in der deutschen und europäischen Industrie alles nichts.

In einer solchen Situation Tarifverhandlungen zu führen, wird eine Herausforderung der besonderen Art. Zumal für die 580.000 Beschäftigten der Branche ihrerseits der Blick in den Rückspiegel keinesfalls sonnig ausfällt. Seit Herbst nimmt die Inflationsrate einen Rekord nach dem anderen, hat die Teuerungswelle längst alle Lebensbereiche erfasst. Und nun kommen die Preiseffekte des Krieges obendrauf.

Die Beschäftigten in der chemisch-pharmazeutischen Industrie erleben zweierlei: Rekordinflation im eigenen Portemonnaie und Rekordgewinne ihrer Arbeitgeber – die übrigens einen maßgeblichen Teil zur Inflation beigetragen haben. Schließlich konnten sie ihre Preissteigerungen auf der Beschaffungsseite in den vergangenen Monaten einfach an ihre Kunden durchreichen. Ein Beispiel: Allein der Branchenführer BASF hat im vergangenen Jahr seine Preise im Schnitt um 25 Prozent erhöht.

Diese ungute Konstellation bringt uns Tarifparteien jetzt doppelt in die Verantwortung:

Wir müssen eine Lösung finden, die der unsicheren ökonomischen Lage ebenso gerecht wird wie dem berechtigten Wunsch der Menschen nach Kaufkraftsteigerung. Wir haben immer gesagt, dass es jetzt eines gesamtgesellschaftlichen Bollwerks gegen die Inflation bedarf. Da sind nicht nur Politik und Notenbank gefragt, sondern auch die Arbeitgeber. Die müssen ihren Teil zur finanziellen Entlastung ihrer Beschäftigten beitragen. Das ist und bleibt unsere zentrale Forderung in dieser Tarifrunde.

Auch die Forderungen, Schichtarbeit durch höhere Zuschläge aufzuwerten, Ausbildungszahlen nach den Corona-Einbrüchen wieder zu steigern und mobile Arbeit ordentlich zu regeln, bleiben richtig und wichtig. Es sind notwendige Zukunftsinvestitionen einer Branche, die zwingend und

dringend an ihrer Attraktivität als Arbeitgeber*in arbeiten muss. Und dazu bedarf es klare Signale der Wertschätzung.

So gibt es in diesen Verhandlungen wenigstens eine Konstante: Die IGBCE bringt einen einstimmigen Mitgliederauftrag, eine geeinte Bundestarifkommission, das gewohnte Selbstvertrauen und ihren sprichwörtlichen Realismus mit. Aber auch wir wissen nicht, ob wir uns auf ein konjunkturelles Horrorszenario einstellen müssen oder es zu einer schnellen wirtschaftlichen Normalisierung kommt. Deshalb sind wir im Zweifel auch bereit, eine Brücke zu bauen über das Tal der Unsicherheit.

Elemente der Brücke über das Tal der Unsicherheit

- **Jetzt einen Teilabschluss machen**
- **Mit dauerhaften und einmaligen Elementen**
- **Preisbelastung in unteren Entgeltgruppen besonders berücksichtigen**
- **Zukunftsthemen regeln**
- **Kurze Laufzeit**
- **Weitere Entwicklung beachten**
- **Fortsetzung der Tarifrunde zum Herbst/Jahreswechsel**

Wir schlagen eine Kombination aus einer tabellenwirksamen, also dauerhaft geltenden Komponente und Einmalzahlung vor. Dabei ist uns wichtig, dass die unteren Entgeltgruppen, die besonders stark von der Inflation betroffen sind, überdurchschnittlich profitieren. Dies bei einer kurzen Laufzeit, um zunächst über die aktuelle Situation der ökonomischen Unsicherheit zu kommen. Sollte sich die Lage bei Wiederaufnahme der Verhandlungen beruhigt haben, sollte der Teil der Erhöhung, der zunächst als Einmalzahlung vereinbart wurde, in eine tabellenwirksame Erhöhung gewandelt werden.

Die Frage ist, ob die Arbeitgeberseite ähnlich entscheidungsfreudig und -fähig ist. Laute Lamentos von Manager*innen mit Millionensalären haben wir genug gehört. Handeln ist gefragt. Wir werden sie jedenfalls daran messen. Bislang haben wir den Eindruck, dass sie noch einen weiten Weg vor sich haben, um über die Brücke zu gehen, die wir gebaut haben.

Sollten wir allerdings wirklich in ein massives Bedrohungsszenario kommen, dann erwarten wir, dass die Unternehmen nicht nur über Lohnsteigerungen klagen und nach Unterstützung von Gewerkschaft und Betriebsräten beim Krisenmanagement rufen wie einst bei der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – sondern dass sie auch ihre Aktionäre in die Pflicht nehmen und in der anstehenden Hauptversammlungssaison ihre Ausschüttungspläne überdenken.